



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Christopher Peiler
Fraktionsgeschäftsführung
Telefon (0541)323-4300
Telefax (0541)27217
Mobil: 0172 5757117

Peiler@osnabrueck.de
www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 13/2017

15. August 2017

CDU: Bezahlbarer Wohnraum durch 3000 neue Wohnungen

"Um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum in Osnabrück zu schaffen, brauchen wir keine städtische Wohnungsbaugesellschaft. Wir haben wunderbare nichtgewinnorientierte Einrichtungen mit der Genossenschaft WGO, dem Heimstättenverein, den Evangelischen Stiftungen und dem katholischen Stephanswerk, die über mehrere tausend Wohnungen mit niedrigen Mieten verfügen. Die Stadt sollte helfen, damit es noch mehr werden", erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Fritz Brickwedde zu der Stellungnahme der SPD.

Aufgabe der Stadt sei es nicht, selber Wohnungen zu bauen, sondern die Voraussetzungen für zusätzliche und bezahlbare Häuser und Wohnungen zu schaffen. Auf Vorschlag der CDU habe deshalb der Rat beschlossen für 3000 zusätzliche Wohneinheiten die baurechtlichen Wege zu ebnen, betonte die Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses Anette Meyer zu Strohen. Ziel müsse es sein, für 5000 neue Wohnungen Baurecht zu schaffen, damit mindestens 3000 real gebaut werden. Mit den Eigentümern und Investoren sollten städtebauliche Verträge abgeschlossen werden, durch die auch eine Quote für Sozialwohnungen festgelegt werde.

Im übrigen brauche Osnabrück auch deshalb keine zusätzliche städtische Gesellschaft, weil sie schon mit der Osnabrücker Beteiligungsgesellschaft, dem Eigenbetrieb Immobilien und der Stadtwerktochter Esos über hinreichende Instrumente verfüge, wenn eigene Flächen vermarktet werden sollten. So geschehe es beim Landwehrviertel, wo durch Stadt und Esos in Kooperation mit privaten Investoren 1000 neue Wohneinheiten entwickelt und vermarktet werden, so Meyer zu Strohen.

Brickwedde: "Wir halten auch nichts davon, private Investoren zu verunglimpfen. Wir können uns glücklich schätzen so tolle Unternehmen wie Echterhoff, Köster oder MBN in Osnabrück zu haben. Sie tragen zur Entspannung des Wohnungsmarktes entscheidend bei."

Der Rat habe auch nicht "mit einer von der CDU angeführten Zufallskoalition" die städtische Wohnungsbaugesellschaft verhindert, sondern CDU/BOB, FDP und UWG sowie der Oberbürgermeister hätten nach intensiven Gesprächen sehr bewusst so entschieden. Meyer zu Strohen: "Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie, sondern zusätzliche Wohnungen!"